



Der Transformationsprozess der Berufsausbildung in Ostdeutschland

Ein Rückblick mit Perspektiven

► Mit der politischen Entscheidung zur Übernahme des Berufsbildungsgesetzes zum 1. September 1990 für die DDR war auch in der Berufsbildung gemeinsames Handeln gefragt. Das enorme Tempo beim Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten brachte weitreichende Konsequenzen und Veränderungen für die berufliche Bildung mit sich. Der Beitrag versucht, sich dieser bislang noch nicht systematisch erforschten Zeit gesamtdeutscher Berufsbildung über einen exemplarischen Ansatz anzunähern, der aus subjektiver Sicht Entwicklungen rekapituliert und ausgewählte Maßnahmen und Initiativen beleuchtet. Vor diesem Hintergrund wird abschließend aufgezeigt, wie aus den Erfahrungen des Umbruchs das bundeseinheitliche Berufsbildungssystem „dazugelernt“ hat oder vielleicht noch dazulernen könnte.

Gemeinsame Wurzeln – verschiedene Ausgangslagen

Auf der Grundlage gemeinsamer historischer Wurzeln zur Lehrlingsausbildung seit der Gewerbeordnung von 1868 hatten sich in den beiden Teilen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg unterschiedliche Berufsbildungssysteme entwickelt. In der alten Bundesrepublik war im Zeitraum von 1949 bis 1989 das duale System gewachsen – im Wesentlichen geprägt vom 1969 verabschiedeten Berufsbildungsgesetz. In den ostdeutschen Ländern entwickelte sich bis zum Jahr 1989 korrespondierend mit der Gesamtentwicklung in der DDR sukzessive ein zentral-staatlich geführtes Berufsbildungssystem im Selbstverständnis eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems, in dem die Berufsschule von Beginn an eine feste Größe war. Die besondere Rolle der Berufsbildung im Gesamtbildungssystem als Bindeglied zwischen Bildungs- und Wirtschaftssystem kam in mehrfacher Weise zum Ausdruck: z. B. in der Finanzierung, den Zuständigkeiten und der Mitsprache der verschiedenen Wirtschaftsbereiche.

Der weitaus größte Teil der Jugendlichen in der DDR begann nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule eine betriebliche, das heißt duale Berufsausbildung. Alternativ gab es für Absolventinnen und Absolventen der 10. Klasse noch die Möglichkeit, eine Fachschule zu besuchen. Hierbei handelte es sich um vollzeitschulische Angebote, überwiegend für Berufe im Gesundheitsbereich sowie im Bereich Bildung und Erziehung. Die dritte Option war der Besuch einer erweiterten Oberschule, die mit Abschluss der 12. Klasse endete und das Abitur zum Ziel hatte.

Was die Ausbildungsberufe für die betriebliche Ausbildung betraf, wurden seit Mitte der 1970er-Jahre zwei Grundarten von Berufen unterschieden: zum einen Berufe, die den Abschluss der 10. Klasse voraussetzten, zum anderen die, die den Abgängerinnen und Abgängern der 8. Klasse offenstanden. Während die Ausbildungsdauer für erstere nur zwei bis zweieinhalb (in wenigen Ausnahmefällen eineinhalb) Jahre betrug, dauerte die der zweiten Gruppe überwiegend drei, für einen kleineren Teil zweieinhalb Jahre.



GÜNTER ALBRECHT

Prof. Dr., Gesellschaft zur Förderung von Bildungsforschung und Qualifizierung mbH, GEBIFO-Berlin



GERT ZINKE

Dr., wiss. Mitarbeiter im Arbeitsbereich „Unternehmens- und personenbezogene Dienstleistungsberufe/Ausschuss für Fragen behinderter Menschen“ im BIBB

Insgesamt gab es Ende der 1980er-Jahre 286 Ausbildungsberufe für Absolventinnen und Absolventen der 10. Klasse und 60 für Abgänger/-innen der 8. Klasse. Schüler/-innen, die das Ziel der 8. Klasse nicht erreichten, absolvierten eine Teilausbildung, die jedoch nicht als Ausbildungsberuf ausgewiesen war. Der weitaus größte Teil der Auszubildenden verfügte über den Abschluss der 10. Klasse. 1989 lag ihr Anteil an allen abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverhältnissen bei mehr als 85 Prozent (vgl. BMBW 1991, S. 39).

Die Berufsausbildung mit Abitur war eine Besonderheit des DDR-Berufsbildungssystems. Es bestand die Möglichkeit, parallel und im Rahmen eines betrieblichen Ausbildungsverhältnisses, den Facharbeiterabschluss und das Abitur innerhalb von drei Jahren zu erwerben. Immerhin gab es bis 1990 unter den 286 Ausbildungsberufen 86 Facharbeiterberufe, die auch für die Berufsausbildung mit Abitur vorgesehen waren. Für etwa fünf bis sechs Prozent der Absolventinnen und Absolventen der Polytechnischen Oberschulen eines Altersjahrgangs stand dieser Weg offen (vgl. BMBW 1991, S. 51).

Die Berufsausbildung erfolgte üblicherweise an Betriebschulen oder an Betriebsberufsschulen, die in der Trägerschaft von Betrieben und Kombinatn geführt wurden. Im Unterschied zu den Betriebsberufsschulen, die gemeinsam mit den Lehrwerkstätten nur die theoretische und praktische Berufsausbildung von Facharbeiterinnen und Facharbeitern zur Aufgabe hatten, waren die Betriebsschulen auch für die Weiterbildung der Facharbeiter/-innen und Meister/-innen sowie für den Unterricht von Schülerinnen und Schülern aus Polytechnischen Oberschulen der jeweiligen Region zuständig. Viele der Betriebsberufsschulen und Betriebsschulen boten zudem die Berufsausbildung mit Abitur an, das heißt, sie hatten auch einen „gymnasialen“ Zweig.

Für Betriebe, die über keine der beiden genannten Berufsschulen verfügten, existierte als Partner der Typ der kommunalen Berufsschule (damals in Verantwortung der Räte der Kreise). Dort wurde Lehrlingen der theoretische Unterricht vermittelt, wenn sie für das Handwerk, den kaufmännischen, dienstleistenden bzw. landwirtschaftlichen Bereich oder für kleinere Industriebetriebe ausgebildet wurden (vgl. ALBRECHT u. a. 1996).

Strukturelle Veränderungen und ihre Folgen

Entsprechend dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 erfolgte auch im Bereich der Berufsbildung eine Übernahme der westdeutschen Gesetzgebung. Die entscheidenden

Rechtsgrundlagen für die zukünftige Durchführung der Berufsbildung verabschiedete die Volkskammer der DDR am 12. und 19. Juli 1990. Mit den „Inkraftsetzungsgesetzen“ für das Berufsbildungsgesetz und für die Handwerksordnung sowie dem Berufsschulgesetz wurden die Grundlagen für die Ausbildung in den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen geschaffen. Dies hatte u. a. eine Neuverteilung von Zuständigkeiten und einen Wechsel von Trägerschaften zur Folge, wie z. B. die Aufwertung der Kammern durch neue Zuständigkeiten sowie die Schaffung überbetrieblicher Bildungszentren im Handwerk und anderen Branchen.

Aus heutiger Sicht war die Entscheidung der Volkskammer im Jahr 1989 für eine schnelle Umstellung im Interesse einer baldmöglichen gleichwertigen Ausbildung richtig. Trotzdem war die Umstellung der Berufsbildung vom „System Ost“ auf das „System West“ eine enorme Herausforderung für die Berufsbildungspraxis in den neuen Bundesländern. Erwähnt seien z. B. die Verlängerung der Ausbildungszeit von in der Regel zwei auf in der Regel drei bis dreieinhalb Jahre oder die Umstellung der Ausbildungswege des Bildungspersonals. Dies betraf sowohl die Ausbildung der Berufsschullehrkräfte an den Hochschulen und Universitäten als auch die Ausbildung des betrieblichen Ausbildungspersonals. Für die bisher in fünfjährigen Diplomstudiengängen qualifizierten Berufsschullehrkräfte galt nun das zweiphasige Modell mit erstem und zweitem Staatsexamen. Für die Qualifizierung des betrieblichen Ausbildungspersonals wurde die bis dahin geltende Ausbildung von Ingenieurpädagoginnen und -pädagogen im Rahmen eines Direkt- oder Fernstudiums an Fachschulen eingestellt. Fachkräfte in Betrieben legten von da an die Ausbildereignungsprüfung gemäß AEVO ab.

Mit der Übernahme des Berufsbildungsgesetzes zum 1. September 1990 waren für die DDR neue Realitäten geschaffen. In kürzester Zeit waren die Einführung neuer Rechtsvorschriften, die Verwirklichung neuer Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne sowie die Durchsetzung des dualen Systems formal bewältigt (vgl. ALBRECHT/HOLZ/WEISSKER 1990, S. 85). Die Einführung des Berufsbildungsrechts der BRD brachte jedoch eine grundsätzliche Umstrukturierung und Neupositionierung der Lernorte und der betrieblichen Ausbildung mit sich.

Zum 1. September 1990 wurden die Betriebsberufsschulen und Betriebsschulen aufgelöst und/oder in regionale Trägerschaft übernommen. Dieser Umgestaltungsprozess betraf etwa 330 Betriebsberufsschulen und ca. 380 Betriebsschulen. Die Zuständigkeit für die Berufsschulen fiel nun nach dem Vorbild „West“ an die Kommunen bzw. die Länder. Damit war formal die Länderkompetenz auf dem Gebiet der schulischen Berufsausbildung in einem neu gestalteten dualen System hergestellt.

Bildungspersonal qualifizieren



Philipp Ulmer, Katrin Gutschow (Hrsg.)

Die novellierte Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) von 2009

Hintergründe – Umsetzung – Positionen

Mit dem Aussetzen der AEVO 2003 stieg die Zahl der Ausbildungsverträge deutlich an, die Qualität der Ausbildung verschlechterte sich jedoch. Daher wurde die AEVO überarbeitet und an die aktuellen Anforderungen und Rahmenbedingungen angepasst. Mit der neuen AEVO soll die Eignung des Ausbildungspersonals verbessert und die Ausbildungsqualität gesteigert werden.

Der Sammelband wendet sich an die Berufsbildungspraxis und die Berufsbildungsforschung und soll als Orientierungshilfe dienen. Der Band stellt die Themen in der AEVO vor und blickt auf die bisherigen Verordnungen zurück. Viele der Autorinnen und Autoren waren maßgeblich an der Novellierung der AEVO und der Überarbeitung des Rahmenplans beteiligt.

BIBB 2012, 361 S., 31,90 EUR (D),
ISBN 978-3-7639-1157-8,
ISBN E-Book 978-3-7639-5122-2,
Best.-Nr. 111-055

Sie erhalten die Veröffentlichung beim:
W. Bertelsmann Verlag
Postfach 100633
33506 Bielefeld
Telefon: (0521) 911 01-11
E-Mail: service@wbv.de
www.wbv.de

BiBB

Was passierte zeitgleich in den Ausbildungsbetrieben? Unternehmen, die trotz aller Veränderungen weiter ausbildeten, prüften die Anzahl der Lehrstellen und änderten Lehrverträge. Korrekturen waren erforderlich, um die Zahl der Auszubildenden in ein angemessenes und ökonomisch vertretbares Verhältnis zwischen der Zahl der Beschäftigten des Unternehmens und den besetzten Ausbildungsplätzen zu bringen. Unklare wirtschaftliche Perspektiven der Betriebe, begleitet von einer schwierigen Auftragslage und Insolvenzproblemen führten zudem zu zahlreichen Ausbildungsvertragslösungen. Die Anzahl stieg im September 1990 auf über 18.500 (vgl. BMBW 1991, S. 44).

Für die auf den neuen Ausbildungsmarkt drängenden Schulabgänger/-innen wurde es besonders schwierig. Da betriebliche Ausbildungsplätze insbesondere in den gewerblich-technischen und industriellen Berufen fehlten, wur-

den von da an außerbetriebliche Ausbildungsangebote geschaffen, die aus vielen Sonderprogrammen von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert wurden. Eingeführt wurden das Berufsvorbereitungs- und das Berufsgrundbildungsjahr. Ein weiterer und ständig wachsender Teil an Ausbildungsplatzsuchenden wanderte in die alten Bundesländer ab. Und schließlich stieg im Verhältnis zu früher der Anteil an Jugendlichen, die eine weiterführende Schule besuchten, um die Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben.

Für nahezu alle an der Berufsbildung Beteiligten folgte daraus eine Zäsur in ihrer Berufsbiografie. Aus Sicht der Berufsbildungsgestalter, insbesondere der Berufsschullehrer/-innen und der Ausbilder/-innen, in der DDR ging es nicht nur um die Übernahme eines anderen Systems, sondern auch um die Bewahrung und Weiterentwicklung eigener Erfahrungen, Konzepte und Modelle. Gerade weil oft alles infrage gestellt wurde, erhielt die Auseinandersetzung mit der eigenen Leistung, Identität und Geschichte an Bedeutung. Das prägte das Selbstbewusstsein aller an der Berufsbildung Beteiligten und bestimmte ihr Handeln im Umgestaltungsprozess.

Beispiele für Transferaktivitäten

Notwendig und gefragt waren Aktivitäten und Impulse, um diesen Wandel zu gestalten. Neben den Initiativen auf Bundesebene erfolgten Maßnahmen z. B. auf Ebene der Länder, der Sozialpartner und auch auf persönlicher Ebene. All dies trug dazu bei, dass das „System West“ langsam Fuß fasste.

Vom damaligen Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) wurden beispielsweise bereits im Jahr 1990 kurzfristig Mittel bereitgestellt, um Ergebnisse aus Modellversuchen in die neuen Bundesländer zu transferieren, das Modellversuchsprogramm hier bekannt zu machen und schließlich auch mit Trägern in den neuen Ländern zu initiieren. Im Rahmen dieser Transferaktivitäten wurden in allen Regionen Gedanken- und Erfahrungsaustausche, Info-Märkte und Fachtagungen organisiert. Zudem entstanden zahlreiche Hilfen in Form von Broschüren und Handreichungen. Mit der Handreichung zur Unterstützung der Ausbilder/-innen und Berufsschullehrer/-innen wurden den Lehrkräften Orientierungen und didaktisch-methodische Hinweise anhand zahlreicher Beispiele zur Umsetzung der neuen Ausbildungsordnungen in den Metall- und Elektroberufen gegeben (vgl. ALBRECHT/HÖPFNER 1990). Dabei wurde das Modell der „vollständigen Handlung“ in der Ausbildung aufgezeigt und bestehende Gegebenheiten darin eingeordnet, Begriffe aus der Berufsausbildung der DDR wurden entsprechenden Begriffen aus der Berufsausbildung der Bundesrepublik zugeordnet, generelle Aussagen zur Ausbildung und zu ihrer Planung illustriert (vgl. HOLZ/HÖPFNER/WEISSKER 1990).

Von zentraler Bedeutung war die praxisorientierte Qualifizierung des Bildungspersonals. Eine der allerersten und deshalb besonders in Erinnerung gebliebenen Maßnahmen war die im November 1990 durchgeführte Veranstaltung eines Info-Marktes unter dem Titel „Neue Berufe fordern neue Methoden“. Im Mittelpunkt stand die Anwendung der Leittext-Methode in der Metall- und Elektro-Ausbildung. Der Info-Markt wurde als gemeinsame Veranstaltung des BIBB, des Zentralinstituts für Berufsbildung und des Friedrichsdorfer Büros für Bildungsplanung vorbereitet und durchgeführt. Die Thematik fand breiten Widerhall (vgl. ALBRECHT 1990, S. 66 ff.). Bereits 1990 wurde vom damaligen BMBW das Programm zur „Förderung des Personals der beruflichen Bildung in den neuen Ländern“ gestartet. Dafür wurden 6,8 Millionen DM bewilligt, die eine sofortige Weiterbildung von ca. 5.000 Fachkräften ermöglichten. Für dieses Programm soll exemplarisch das Projekt „Integrierte Ausbilderqualifizierung“ (IAQ-Projekt) genannt werden. Die Grundlage dafür bildete ein innovativer Weiterbildungsansatz, der eine Integration fachlicher und berufspädagogischer Qualifizierungsinhalte ermöglichte. Als besonders erfolgreich erwies sich dieses Konzept, weil es in Abstimmung mit den Industrie- und Handelskammern nach dem Multiplikatorprinzip und durch Qualifizierungsstützpunkte in allen neuen Ländern erfolgte.

Die dabei gewonnenen Erfahrungen flossen 1992/1993 in die vom BIBB geleiteten Maßnahmen zur „Personalqualifizierung in Ostdeutschland“ (PQO) ein (vgl. NEUBERT/STEINBORN/ALBRECHT 2006). Der dabei praktizierte Ansatz, Ost-/West-Experten in der Konzeptions-, Vorbereitungs- und Durchführungsphase zu beteiligen, wurde 1999 genutzt, um ein weiteres Projekt „Regionalberatung zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern“ (Regio-Kompetenz-Ausbildung) aufzulegen (vgl. BMBF 2001, S. 53).

Bilanz und Ausblick

Aus heutiger Sicht waren diese Entwicklungen der Anfangspunkt der Entstehung eines Übergangssystems. Die in den 1990er-Jahren gesammelten Erfahrungen im Umgang mit „unversorgten“ Jugendlichen in Ostdeutschland konnten für spätere gesamtdeutsche Programme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) genutzt werden.

Ein weiteres Phänomen waren die Entstehung und Entwicklung vieler Bildungsträger und außerbetrieblicher Bildungseinrichtungen, die ja zunächst nur für eine Übergangsphase gefördert und aufgebaut worden waren. Eine Vielzahl dieser Bildungsdienstleister, die damals teils als Ausgründungen aus Unternehmen, teils als Neugründungen entstanden, sind heute in den Regionen feste Größen. Die von ihnen angebotenen Bildungsdienstleistungen

haben dabei einen umfassenderen Charakter bekommen: Sie bilden nicht nur auf Vertragsbasis für Unternehmen aus, sondern beraten diese in der Ausbildungsplanung, bei der Auswahl von Auszubildenden, bieten Weiterbildung für die Beschäftigten an und engagieren sich bei der Berufsorientierung von Jugendlichen. Die Ausbildungsorganisation und -gestaltung in den betrieblichen und außerbetrieblichen Einrichtungen wie auch an den Berufsschulen der ostdeutschen Länder hat nicht zuletzt dadurch eine besondere Prägung erfahren.

Impulse für die weitere Gestaltung des Übergangs von der Schule in die Ausbildung könnte möglicherweise eine systematische Auswertung der Berufsberatungspraxis in der DDR geben. Bereits die laufenden Programme und Aktivitäten der Berufsorientierung, die gegenwärtig in den einzelnen Bundesländern umgesetzt werden, greifen auf damalige Erfahrungen zurück. Der in der DDR übliche polytechnische Unterricht und das damit verbundene polytechnische Prinzip des allgemeinbildenden Schulsystems, das die Verbindung von Unterricht und Praxis darstellte, und das staatlich geförderte Netz der Berufsberatungszentren sind dafür zwei mögliche Bezugspunkte.

Insgesamt hat nach mehr als zwanzig Jahren Veränderungsprozess die Berufsbildung in Ostdeutschland eine neue eigene Identität gefunden und sich in das Gesamtsystem eingebracht. Möglicherweise könnte gerade auch deshalb eine systematische Aufarbeitung dieses Transferprozesses zusätzliche Impulse für die Weiterentwicklung des dualen Systems geben. ■

Literatur

ALBRECHT, G.: INFO-MARKT für die neuen Bundesländer – Bericht von einer Tagung für Ausbilder und Lehrer in Ostberlin. In: *Technische Innovation und Berufliche Bildung (TIBB)*, 5 (1990) 4, S. 66 ff.

ALBRECHT, G. u. a.: Praxisnahe Ausbildung: Einheitliche Ausbildungsunterlagen Betriebsberufsschulen. In: QUEM (Hrsg.): *Aspekte der beruflichen Bildung in der ehemaligen DDR. Anregungen, Chancen und Widersprüche einer gesamtdeutschen Weiterbildungsdiskussion*. Münster 1996, S. 307–336

ALBRECHT, G.; HOLZ, H.; WEISSKER, D.: *Gemeinsames Handeln in der Berufsausbildung gefragt*. In: *Technische Innovation und Berufliche Bildung (TIBB)*, 5(1990) 3, S. 85

ALBRECHT, G.; HÖPFNER, H.-D. (Hrsg.): *Eine Handreichung zur Einführung der Ausbildungsordnungen von Metall- und Elektroberufen mit didaktisch-methodischen und organisatorischen Hinweisen*. Materialienband (BMW). Bonn 1990

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) (Hrsg.): *Berufsbildungsbericht 2001*. Bonn 2001

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) (Hrsg.): *Berufsbildungsbericht 1991*. Bonn 1991

HOLZ, H.; HÖPFNER, H.-D.; WEISSKER, D.: *Kooperative Umgestaltung der beruflichen Ausbildung der Lehrlinge in Ost und West*. In: *Berufsbildung*, 44 (1990) 4, S. 174–177

NEUBERT, R.; STEINBORN, H.-CH.; ALBRECHT, G.: *PQO-Kongress. Zwischenbilanz und Zukunft des PQO-Programms*. Berlin und Bonn 2006